



Bündnis 90/Die Grünen

Im Stadtgebiet sollte es mehr überdachte Treffpunkte für Jugendliche geben. JA Freizugängliche, konsumfreie Räume sind für Kinder und Jugendliche unverzichtbar. Sie brauchen gut erreichbare Treffpunkte, an denen sie sich begegnen, aufhalten und ausprobieren können – unabhängig von Geldbeutel und Wetter. Deshalb gibt es bereits in allen Stadtteilen offene Kinder- und Jugendhäuser. Zudem setzen wir uns für mehr öffentliche Freiflächen ein und fördern Spielplätze, Parks sowie Bewegungs- und Sportflächen. Überdachte Treffpunkte als Schutz vor Regen oder Hitze gehören dazu.

Das Nordbad sollte für Kinder und Jugendliche günstiger und in den Ferien kostenfrei sein. Nach der Corona-Zeit haben wir uns dafür eingesetzt, dass alle Darmstädter Kinder u. Jugendlichen in den Sommerferien kostenfrei die Freibäder besuchen konnten. Das war ein Signal für Teilhabe, Bewegung und Ausgleich nach einer belastenden Zeit. Zudem haben wir in Darmstadt die Teilhabecard eingeführt. Damit erhalten Menschen mit wenig Geld freien Eintritt in städtische Hallen- u. Freibäder – (außer Jugendstilbad und Hochschulbad). Schwimmenlernen und Begegnung dürfen nicht am Geld scheitern.

Das Mindestalter bei Kommunalwahlen sollte auf 16 Jahre gesenkt werden. JA "Wir wollen die Mitbestimmung von Jugendlichen stärken – auch durch ein niedrigeres Wahlalter auf kommunaler Ebene. Junge Menschen sind von politischen Entscheidungen betroffen und sollen mitentscheiden. Über das Wahlalter entscheidet das Land. Deshalb bauen wir Mitsprache aus: mit beratendem Sitz des Stadtschüler*innenrats im Jugendhilfe- und Schulausschuss, Kinder- und Jugendbeauftragten, Sprechstunden mit der Dezernentin und mehr Einfluss durch das Jugendplenum."

Darmstadt sollte zusätzliche Geflüchtete aufnehmen. (Auf die Zuteilung von Geflüchteten haben Kommunen keinen direkten Einfluss. Sie können aber z. B. über die Initiative Sichere Häfen zusätzlich Menschen aufnehmen.) JA "Darmstadt steht für Menschlichkeit und Solidarität. Als Mitglied im Bündnis Städte Sicherer Häfen stehen wir dazu, Geflüchtete im Rahmen unserer Möglichkeiten aufzunehmen und gut zu integrieren – mit Unterbringung, sozialer Begleitung sowie Zugang zu Bildung, Sprache und Arbeit. Das gelingt durch die Zusammenarbeit mit freien Trägern und ein starkes Netzwerk. Wichtig ist: Aufnahme und Integration müssen gut organisiert sein, und Land und Bund dürfen die Kommunen finanziell nicht allein lassen."

In öffentlichen Einrichtungen sollte es auch für nicht binäre Personen Toilette geben. (Menschen, die sich nicht in die binäre Trennung von „männlich“ und „weiblich“ einordnen) JA Öffentliche Einrichtungen sollen für alle zugänglich sein. Dazu gehören auch Toilettenangebote, die Menschen berücksichtigen, die sich nicht einem der binären Geschlechter zuordnen. Geschlechtsneutrale Toiletten nehmen niemandem etwas weg, sondern ergänzen bestehende Angebote. Sie kommen auch anderen zugute – etwa Eltern mit Kindern oder Menschen mit Assistenzbedarf. Darmstadt ist es selbstverständlich, öffentliche Räume inklusiv zu gestalten. Das entspricht unserem Verständnis von Teilhabe.

Der Klimaschutz sollte bei kommunalpolitischen Entscheidungen eine größere Bedeutung haben als wirtschaftliche Erwägungen. JA Klimaschutz muss bei kommunalpolitischen Entscheidungen höchste Priorität haben. Die Klimakrise ist real, ihre Folgen treffen Darmstadt schon heute – durch Hitze, Dürre und Starkregen. Wer jetzt nicht handelt, gefährdet unsere Zukunft. Das heißt nicht, wirtschaftliche Aspekte zu ignorieren. Aber: Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften gehören zusammen. Wer heute in Klimaschutz investiert, vermeidet hohe Folgekosten. Deshalb werden schon jetzt alle Magistratsvorlagen auf Klimafolgen geprüft.



Wissenschaftsstadt
Darmstadt



U18 Kommunalwahl Darmstadt